Das BMWK hat in engem Austausch mit dem BMUV und dem BMJ eine Formulierungshilfe für einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung von LNG-Vorhaben in Norddeutschland erarbeitet und in die Ressortabstimmung gegeben. Der Bau von LNG Terminals- sowohl festen Terminals wie auch schwimmenden LNG-Terminals (sog Floating Storage and Regasification Units, FSRU) – muss dringend und mit Hochdruck vorangetrieben werden, um Lieferwege weiter zu diversifizieren und die Versorgungssicherheit in Deutschland auch im Fall von Lieferunterbrechungen oder -ausfällen sicherzustellen. Aktuell ist die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet; Vorsorge muss aber insbesondere für den nächsten und die kommenden Winter betrieben werden.

Im Einzelnen:

Mit dem am 24. Februar 2022 erfolgten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich Lage auf den Energiemärkten zugespitzt; die ohnehin bereits hohen Preise sind weiter gestiegen. Auch kann eine Unterbrechung der Gasversorgung in der aktuellen Lage nicht ausgeschlossen werden, so dass die Vorsorge zwingend weiter erhöht werden muss. Hierzu ist der unverzügliche und schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren nationalen Gasversorgung dringlich. Aufgrund der geringen Substituierbarkeit von Gas durch andere Energieträger muss zur Sicherstellung der Versorgung zwingend Gas aus anderen Quellen beschafft werden. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gasmengen zu beschaffen, ist der Einkauf verflüssigten Erdgases (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, regasifizieren und weiterleiten zu können, ist der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur unverzichtbar. Die Kapazität der bisher vorhandenen, für Deutschland nur teilweise nutzbaren europäischen LNG-Terminals kann – selbst bei einhundert prozentiger Auslastung – den Ausfall der russischen Lieferungen für Europa nur zu einem geringen Teil decken.

Daher bedarf es neben der Genehmigung von schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU), die kurzfristig angemietet und in Betrieb genommen werden können, auch der schnellstmöglichen Errichtung und Inbetriebnahme landgebundener LNG-Terminals. Für feste und schwimmende LNG-Anlagen müssen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Anlagen müssen insbesondere an das Erdgasleitungsnetz angeschlossen und zum Teil Hafenanlagen angepasst werden.

Wegen der derzeitig bestehenden Ausnahmesituation, die eine schnelle und verlässliche Sicherung der Energieversorgung durch LNG erfordert, wird mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz den Genehmigungsbehörden vorübergehend ermöglicht, von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, unter bestimmten Bedingungen abzusehen. Daneben wird Auftraggebern ermöglicht, vorübergehend vergaberechtliche Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen anzuwenden. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu zügigen Genehmigungen und Einbindung von LNG in den deutschen Markt zu gelangen. Um die schnellstmögliche Umsetzung effektiv zu gewährleisten, ist parallel auch der

entsprechende Rechtsschutz jeweils zu beschleunigen. Das LNG-Beschleunigungsgesetz ist ein äußerst wichtiger Beitrag für die Versorgungssicherheit in Deutschland und aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Europa. Mit dem Gesetzentwurf wird gleichzeitig ein wichtiges Signal für den Klimaschutz gegeben: Der Betreiber mit LNG soll für die Anlagen befristet werden und ein Anreiz zur Umstellung auf grünen Wasserstoff gegeben werden. Die Regelung stellt Kohärenz mit dem im Bundes-Klimaschutzgesetz normierten Ziel der Emissionsminderung bis 2040 um 88 Prozent her. Erstmals werden damit die Klimaschutzziele bereits bei der Zulassung fossiler Anlagen berücksichtigt.

Überblick über die Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung

1. Anwendungsbereich

Der Gesetzentwurf erfasst sowohl fest LNG Terminals wie auch schwimmende LNG Terminals.

Die hierzu in Betracht kommenden Standorte werden in der Anlage zum Gesetz näher bezeichnet. Erfasst sind **ortsfeste LNG-Anlagen** (wie u.a. Brunsbüttel, Wilhelmshaven, aber auch weitere mögliche Standorte), **FSRU** (wie u.a. Brunsbüttel, Wilhelmshaven, aber auch weitere mögliche Standorte), **Anbindungsleitungen** zum Gasfernleitungsnetz. Ob die einzelnen Standorte dann realisiert werden, hängt von verschiedenen rechtlichen, fachlichen und wirtschaftlichen Faktoren ab. Mit dem Gesetzentwurf besteht jedoch für die Zulassungsbehörden die Möglichkeit, Verfahren deutlich zu beschleunigen und gleichzeitig europarechtlichen Vorgaben zu entsprechen.

2. Vorhaben liegen im überragenden öffentlichen Interesse und im Interesse der öffentlichen Sicherheit

Alle im Gesetz bezeichneten Vorhaben liegen angesichts der aktuell angespannten Lage auf den Energiemärkten und der notwendigen Vorsorge im **überragenden öffentlichen Interesse** und im **Interesse der öffentlichen Sicherheit**. Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und Bedarf der Vorhaben sind gesetzlich festgestellt.

Damit kann eine deutliche Beschleunigung erfolgen, da bei einer Vielzahl von Prüfungsverfahren mit Abwägungen dem Ausbau von LNG-Anlagen ein besonderes Gewicht eingeräumt wird und eine Planrechtfertigung erfolgt. Neben LNG Vorhaben liegen nur noch der Ausbau von EE und Netzausbau in einem solch überragenden öffentlichen Interesse.

3. Verhinderung Lock-in für LNG und Umstellung auf grünen Wasserstoff (und Derivate)

Die Behörden haben für LNG-Anlagen des Gesetzes die **Genehmigung bis spätestens zum 31. Dezember 2040** zu befristen. Ein Weiterbetrieb dieser Anlagen über diesen Zeitpunkt hinaus kann nur für grünen Wasserstoff und dessen Derivate genehmigt werden. Hierfür müssen die Betreiber Änderungsgenehmigungen bis 1. Januar 2035 beantragen. Damit wird die Umstellung auf grüne Wasserstoffderivatevorbereitet und sog. Lock-in-Effekte vermieden.

4. Ausnahmemöglichkeiten von Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Gesetzentwurf eröffnet die Möglichkeit zur Ausnahme von einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Behörde kann bei dem konkreten Vorhaben von

einer UVP absehen, wenn das konkrete Vorhaben geeignet ist, einen relevanten Beitrag zu leisten, die Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden. Damit sind sowohl die Fälle umfasst, in denen eine Krise der Gasversorgung bereits besteht, als auch Fälle, in denen eine Krise der Gasversorgung droht. Die UVP Richtlinie sieht in Artikel 2 Absatz 4 eine Ausnahmemöglichkeit für solche Sondersituationen vor. Diese Ausnahme nutzt das Gesetz europarechtskonform.

Den Behörden wird hier in Umsetzung eines Ausnahmetatbestandes der UVP Richtlinie (Artikel 2 Abs. IV UVP-RL) ermöglicht, flexibel bei dem konkreten Vorhaben zu reagieren und die UVP Vorschriften unangewendet zu lassen, wenn andernfalls der Zweck des Vorhabens (Unterbrechungsfreie Gasversorgung) wegen der sonst notwendigen Verfahrensschritte nicht erreicht werden kann.

5. Reduzierung der zeitlichen Dauer Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Öffentlichkeitsbeteiligung findet auch bei den im Gesetzentwurf genannten LNG-Vorhaben weiterhin statt, sie wird aber in ihrer zeitlichen Dauer deutlich reduziert. Dies trägt der aktuellen Krisensituation Rechnung.

So wird in allen Zulassungsverfahren (BlmSchG, Wasserrecht, EnWG) die Öffentlichkeitsbeteiligung auf ein europarechtlich gerade noch vertretbares Mindestmaß von 2 Wochen (1 Woche Auslegung + 1 Woche Stellungnahme) reduziert.

6. Beibehaltung der materiellen Vorgaben

- Die materiellen, d.h. inhaltlichen Zulassungsvoraussetzungen nach dem Immissionsschutzrecht, insbesondere nach den europäischen Vorgaben zur Seveso III Richtlinie und auch zum Wasserrecht werden nicht verändert.
- Im Naturschutzrecht wird die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen zeitlich flexibilisiert, indem Festsetzung und auch Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen vom eigentlichen Eingriff gelöst werden. Dies schafft Flexibilität im Gasleitungsbau, so dass hier zunächst ein Leitungsbau erfolgen und erst später Umfang und Flächen zum Ausgleich gesucht, gesichert und entwickelt werden müssen.
- Im Leitungsbaurecht (EnWG) werden die Anforderungen für einen vorzeitigen Baubeginn gesenkt, der Vorhabenträger kann nun bestimmte Maßnahmen sogar noch schneller durchführen lassen, als sie im beschleunigten Netzausbau nach dem NABEG vorgesehen sind.

7. Beschleunigte Vergabe- und Nachprüfungsverfahren

- Der Vergabeprozess für Vorhaben nach § 2 wird deutlich schneller und flexibler durchgeführt werden können, u.a. durch das regelmäßige Entfallen eines öffentlichen Teilnahmewettbewerbs.
- Auch zum Vergaberechtsschutz enthält der Gesetzentwurf zahlreiche Beschleunigungen, insbesondere durch Verkürzung von Entscheidungsfristen und in den Abwägungen idR überwiegender Beschleunigungsinteressen.

8. Rechtswegverkürzung und Beschleunigung bei Rechtsbehelfen

Über Klagen im Zusammenhang mit LNG-Vorhaben soll direkt beim Bundesverwaltungsgericht entschieden werden. Der Rechtsweg wird damit auf eine Instanz verkürzt. Gerade die Rechtswegeverkürzung beschleunigt gerichtliche Verfahren erheblich (statt 4-5 Jahre nur ca. 1 Jahr). Ferner sollen Klagen keine aufschiebende Wirkung entfalten.

9. Elektronischen Auslegung und Beteiligung (PlanSiG)

Bestehende Regelungen aus dem Plansicherstellungsgesetz, die eine elektronische Veröffentlichung und eine Online-Konsultation vorsehen, finden auf die Verfahren nach diesem Gesetz auch nach deren Auslaufen des Plansicherstellungsgesetz Anwendung.